

# Die Deutsche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 217

Nr. 226

**Bezugspreis:** monatlich 3,40 Reichsmark, — Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Einzelhändler und andere Zeitungsverkäufer entgegen. — Der Abnehmer erhält den Betrag von 3 Reichsmark. —  
**Halle-Saale** **Anzeigenpreis:** Die 6 Spalten 24 mm breit mit 10 Zeilen pro Spalte. 10 Pfennig. 4 Spalten 24 mm breit 12 Pfennig. 3 Spalten 24 mm breit 14 Pfennig. 2 Spalten 24 mm breit 16 Pfennig. 1 Spalte 24 mm breit 18 Pfennig. —  
**Geschäftsstelle Halle-Saale:** Leipziger Straße 61/62. Fernamt Centrale 7801. Abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postfachnummer Leipzig 92 412.  
**Geschäftsstelle Berlin:** Hamburger Str. 30. Fernamt Ostkurier 121. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Uhle, Halle-Saale

# Die Reichsregierung schwächt ab...

## Abänderung des Kabinettsbeschlusses?

### Der deutsche Gegenschritt

Berlin, 24. September.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Es scheint nach den neuesten Berliner Mitteilungen nicht beabsichtigt zu sein, die Deutsche Zeit für die deutschen Voraussetzungen für den Eintritt in den Völkerbund direkt den beteiligten Mächten zu überreichen, sondern man geht offenbar mit dem Gedanken um, dieses Memorandum nur den deutschen Vertretern zu übermitteln, die es als Grundlage für ihre zu unternehmenden Schritte benutzen wollen. Das darin eine bedeutende Abschwächung der vom Kabinettsrat beschlossenen Maßnahmen zu sehen ist, liegt auf der Hand, wie auch noch ein anderer Umstand den Eindruck erwecken muß, als sei man in Regierungskreisen nach dem getrennten begangenen Schritt wieder von einem Schwächeanfall betroffen. Wie nämlich diese Instruktionen an die deutschen Behörden übermittelt werden, werden sie nochmals einem zweiten Kabinettsrat zur Vorlage kommen, der unter Umständen noch Veränderungen einbringen könnte. Wir haben es bisher immer erleben müssen, daß solche Veränderungen an einem einmal gefassten Entschluß immer — siehe Kriegsschlußfrage — zu seiner Verschärfung auslaufen, und wir zweifeln nicht daran, daß von innen und außen alle Kräfte mobil gemacht werden, um die in der Dienstags-Sitzung des Kabinetts nicht gefasste Umfassung noch möglich zu veranlassen.

### Die englische Auffassung

Berlin, 24. September.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

In Berliner diplomatischen Kreisen nimmt man an, daß man in der englischen Regierung recht enttäuscht über den deutschen Kabinettsbeschluss ist, da seit einiger Zeit den Ministern der Labour-Partei von deutschen Sozialisten immer wieder berichtet worden ist, daß der deutschen Regierung nichts übrig bleibe, als sich zum Eintritt in der jetzigen Fassung des Völkerbundes zu entschließen. Internationales Vorgehen in Berlin hatten allerdings immer ein negatives Ergebnis und ließen sich schließlich den Zweifel daran aufkommen, ob diese sozialistische Information auf fester Grundlage beruhe. Anzuerkennen ist indes man in London die von Frankreich gestifteten Wanderer, Deutschland zum Eintritt zu beeinflussen, reichlich merkwürdig und vermutet hinter ihnen die Interessen der französischen Industrie und soziale Sozialisten, die beide Gendarmen der Welt sind. Willst du auch, so berichtet unter englischer Gewandtheit, die immerhin beinahe als sympathisch zu bezeichnende Haltung der französischen Regierung für Deutschland mit dem Umstand zusammen, daß dadurch vielleicht die Kriegsschuld unterhandelt werden kann. (1) Deutschland wird immerhin gut tun, bei der Entscheidung über die Beitritts-erklärung zum Völkerbund sowie außenpolitische Beschlüsse die innerpolitische Lage in England im Auge zu behalten, wo sich ungewissheit auf ein Wandel vollzieht, der die Kabinets der Labour-Partei auf längere Dauer nicht gerade begünstigt.

### Die Berliner Presse zur Regierungserklärung

Berlin, 23. September.

Die Erörterung über die gestrige Regierungserklärung über die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund nimmt in der Berliner Presse eine gewisse Bedeutung ein. Die meisten Blätter billigen den Beschluß des Kabinetts, erinnern aber in diesem Zusammenhang an die Frage der Regierungsumbildung und knüpfen ihre Kommentare daran.

So schreibt der „Berliner Volksbeobachter“: Die Regierungserklärung entspricht durchaus der diplomatischen und der allgemeinen politischen internationalen Lage. Ob man über dieses ungewissheitlos zu urteilen das des formellen heraus, mit der Haltung der Reichsregierung in der Sache einig gehen kann, das ist nun freilich eine Frage des Vertrauens und hier zeigt sich unmittelbar, in welchem inneren Zusammenhang diese Frage mit Deutschland's Eintritt in den Völkerbund mit der überlieferten oben völlig unabhängigen Frage der Umbildung der Reichsregierung liegt.

Die „D. M. Z.“ schreibt: Am ganzen ist der Beschluß des getragenen Kabinettsrates zu billigen; er bildet einen guten Ausgangspunkt und hat, wenn wir ihn auch innerpolitisch werten wollen, den großen Vorzug, notwendige Einwirkungen nicht zu betonen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ meint: Die Gefahr ist noch nicht vorbei; es ist aber wenigstens verstanden, daß ein

überzeitiger Entschluß gefaßt wurde, den wir einmal schwer bitten bereuen müssen.

Die „Neue Zeitung“ bezeichnet es als das Mächtigste jetzt trotz allen Drängens lauter und aufstrebender Kräfte, die Arbeit über den Völkerbund für gewisse Zeit in den Schrank zu legen.

Die „Deutsche Zeitung“ schreibt: Es ist u. a. gerade unerwartet, daß der Reichstag den Eintritt in den Völkerbund für erforderlich hält. Das „Berliner Tageblatt“ stellt fest: Dieser Beschluß, der eine Vereinfachung ausstrahlt und zugleich eine diplomatische Umfrage anknüpft, ist vernünftig und entspricht der Situation. Sollte der entscheidende und schnelle Wunsch, Deutschland an den Arbeiten in Genf teilnehmen zu lassen, sich mit Energie äußern, so wird man hoffentlich doch zum Ziele gelangen.

Die „Germania“ erörtert in dieser Entscheidung einen außenpolitischen Fortschritt, äußerlich vielleicht den fürchten, der in dem ereignisreichen Jahr 1924 gelang wurde, der für Deutschland von großem Nutzen ist.

Der „Berliner Kurier“ sagt: Die Reichsregierung geht mit diesem Entschluß in den nächsten Weg zur Verwirklichung dessen, was sie beschloß und als ihren Beschluß mitgeteilt hat: den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, wenn nicht innermarteils bewiesen tritt, alsbald zu beantragen.

Der „Vorwärts“ meint: Man muß sich zu der Erklärung der Regierung stellen will, daß man sich zu einer Sache des Vertrauens. Es besteht die Gefahr, daß die ganze Angelegenheit mit dem Beitritt Deutschlands und mit der Aufstellung der neuen „Ligier“ enden könnte. Gerade das wäre aber das Schlimmste von allem.

### Eine württembergische Erklärung

Stuttgart, 23. September.

Wie wir erfahren, hat sich die württembergische Staatsregierung dieser Tage an die Reichsregierung mit der Erklärung gewandt, sie gehe davon aus, daß vor einer endgültigen Entscheidung über den Eintritt in den Völkerbund und über die Behandlung der Kriegsschuldfrage die Länderregierungen von der Reichsregierung gehört werden.

### Der Einbruch in Genf

Genf, 23. September.

Der Beschluß der Reichsregierung in der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund wurde in den Reichstagskammern im Völkerbundsaal eingeleitet. Einzelne seit alle Delegierten an einer Stelle von Kommissionsmitgliedern teilnahmen und der Rat eine gemeinsame Sitzung abhielt, verbreitete sich die Nachricht mit großer Schnelligkeit im Saal und wurde überall lebhaft kommentiert. Der laute und ungehörigste Lärm der Erklärung verbreitete seinen Eindruck nicht. Man erwidert in dem Beschluß der Reichsregierung die Bereitwilligkeit, in nicht allzu ferner Zeit einen Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund zu stellen. In den Kreisen der neutralen Delegationen ist die Anschuldigung vertreten, daß von den Großmächten Deutschland der Eintritt noch Möglichkeit erleichtert würde. Andererseits macht sich aber bei den Neutralen eine gewisse Enttäuschung darüber geltend, daß von einem Eintritt Deutschlands noch während dieser Sitzungsperiode keine Rede sein könne. Im Laufe des heutigen Nachmittags wurde vielfach die Frage erörtert, ob die Vollversammlung bereits Januar zusammentreten könnte, um über das alsdann vorliegende Antragsgesuch zu beschließen.

Paris, 24. September.

Wie der „Matin“ aus Genf meldet, hat als Antwort auf das Kommuniqué der Reichsregierung gelten kann.

### Umbau des Ministeriums für die besetzten Gebiete

Berlin, 23. September.

(Eigener Drahtbericht.)

Wie wir erfahren, besteht bei der Reichsregierung die Absicht, das Ministerium für die besetzten Gebiete in absehbarer Zeit in ein Staatssekretariat umzuwandeln, das wie früher, aus Reichsministerien angegliedert würde. Die Schaffung eines vollständigen Ministeriums für die besetzten Gebiete erfolgte seinerzeit beim Aufbruch, da man glaubte, daß ein Staatssekretariat die aus den veränderten Verhältnissen erwachsenden größeren Aufgaben nicht in dem Maße erfüllen könnten, wie es die Interessen der besetzten Gebiete erfordern. Jetzt erweist man, daß mit dem fortgeschrittenen Aufbau der Verwaltung und der Annäherung der Verwaltungsorgane an die Verhältnisse vor dem Ausbruch eines Eingehens der Organisation möglich und zweckmäßig sein würde, zumal sich eine gewisse Erleichterung damit verbunden sein dürfte. Bisher liegen seit Beschlüssen noch nicht vor, doch ist anzuermessen, daß diese Frage gleichwohl mit der Aufstellung der Regierungsumbildung auf wird. Nach dem Aufheben des ersten Ministers für die besetzten Gebiete Dr. Rüdiger, hat das Ministerium augenblicklich in den Händen des Reichsministers Dr. Hoecke und zwar in Vertretung mit dem Reichsministerium.

## Soziale Strömungen in England

von

Prof. E. v. Zedtwitz.

Die britische Arbeiterpartei war vor dem Kriege keine politische Partei im engeren Sinne, sondern mehr ein Ausschüß der Gewerkschaften, die zwar schon organisiert und geleitet waren wie die deutschen und ebenso wie diese ihre eigene, von sozialen Gesichtspunkten ausgehende Politik trieben, aber im Gegensatz zu den unsrigen infolge der Einstellung der englischen Arbeiterpartei mit Sozialismus und Klassenkampf nichts zu tun haben wollten. Der englische Arbeiter mußte zwar ebenso wie der deutsche eine Abgrenzung seiner Lage, d. h. der Löhne, Arbeitszeit usw., unternehmen, aber niemals für die Lehren irgendwelcher sozialistischen, für Sozialisierung oder Beseitigung des kapitalistischen Systems, sondern rein praktische, politische Betätigung, sozialen Neuerungen und allen Umständen nicht nur aus Gemottheit abhold, mit dem Unternehmer in Frieden zu leben und zu arbeiten, weil er aus Erfahrung weiß, daß er durch Gemütsarbeit und Sparsamkeit leichter und sicherer zu einem gewissen Wohlstand kommt. So blieb es bis in unsere Zeit und selbst die Führer und 30 000 Mitglieder der „später gegründeten“ „unabhängigen Arbeiterpartei“, die überzeugte Sozialisten waren und es geblieben sind, haben den sozialen Frieden des Landes niemals gefährdet. Erst unter dem Einfluß des Krieges und der russischen und deutschen Revolution trat ein gewisser Wandel ein, als die Erfolge der Arbeiter in Ost- und Mitteleuropa einem Teil der britischen Arbeiterjugend den Kopf verwirrten und die in England niemals verstandenen Schlagworte von Sozialisierung, Solidarität des Proletariats usw. etliche junge Leute zu einer gewissen Aktivität veranlaßten. Unter dem Einfluß dieser Elemente erfolgten am 30. Juli, 9. und 13. August 1920 die bekannten Drohungen der britischen Gewerkschaften für den Fall, daß England in den russisch-polnischen Krieg eingreife, und die Gründung eines „Ausschusses für nationale Sicherheit“, der sich unter Williams in Veranlassung erklärte und alsbald in Unterabteilungen trat mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund und dem Amsterdamer Transportarbeiter-Bund, der kurz zuvor den Boykott gegen Ungarn in Eigenregie hatte. Wie wenig sich die große Mehrheit der britischen Arbeiterpartei für diese Revolutionsversuche interessierte, zeigt schon die Reichweite, mit der die Regierung der Bewegung ein Ende machte. Auf die vorstellenden Lloyd Georges und die wohl von diesem beauftragte Erklärung des Arbeiterabgeordneten Clynes im Unterhaus, daß die Arbeiterpartei sich Rechte anmasse, die nur dem Parlament gebühren und somit die Verfassung verletze, verstand der „Ausschuß für nationale Sicherheit“ ebenso wie die von ihm gegründeten britischen Aktionskreise und die russischen Delegierten Kamenow und Krasin wurden zur Heimreise veranlaßt. Mein Herr Lloyd George noch keine Nachfolger konnten die tieferen Ursachen der britischen Arbeiterbewegung befeuchten: die Unterbreitung der englischen Rohle und gewisser Industrieprodukte durch Frankreich, das mit den erprobten deutschen Rohlen und Reparationsgeldern billiger arbeitete, dauerte fort und mußte letzten Endes zu weiteren Seerabengungen der englischen Röhren führen und damit zu einer Steigerung der Post und Unzufriedenheit in der britischen Arbeiterpartei. Demals wurde die Labour immer mehr zur Partei der englischen Malcontenten, der das Volk, d. h. die Wähler massenhaft zuhörten, um ihrer Unzufriedenheit mit den herrschenden Verhältnissen Ausdruck zu geben. Ungefähr zur gleichen Zeit vollzog sich in der Arbeiterpartei selbst eine tiefgehende Wandlung, als die gewöhnlichen Arbeiter die Gewerkschaftler zurückdrängten, Männer wie Ramsay MacDonald, Henderson, Snowden, Morel mehrgehörig, Genf durch und durch Arbeiterpartei zur politischen Partei im Lande und im Parlament und zur Führerin der Opposition machten und auf dem linken Flügel der Labour, in der „unabhängigen Arbeiterpartei“, die Politiker Williams, Tom Mann, Thome u. a. die Führung übernahmen. Die britische Arbeiterpartei selbst aber hat sich weder in ihrer Gesinnung noch in ihren Weltanschauungen geändert: die große Mehrheit der in den Trade Unions organisierten Arbeiter sind auch heute noch keine Sozialisten, sondern durch und durch Individualisten, denen Marx, Lassalle und Bebel kaum dem Namen nach bekannt sind. Bekanntlich hat ja England auch keine Arbeiterpartei, der „Daily Herald“ — der übrigens nichts weniger als sozialistisch ist —, kann fast Rohren nur mit Mühe über Wasser gehalten werden. Nur

92, 9  
110  
2137  
085  
28  
176  
245  
152  
058  
150  
1137  
1937  
240  
6







# Halle und Umgebung

Halle, 24. September.

## Eine „Republik“ für 3 Pfennige

Nach Goethe ist zwar Name Schall und Rauch, aber der feste Goethe folgt hinüber in seinem „Haar“.

Bei Euch, Ihr Herrn, kann man das Wesen Gemüthlich aus dem Namen lesen. Und so ist es meist. Man gibt einem Kinde den Namen eines Leben Verwandten oder eines großen Mannes und hofft dabei in stillen, elterlichen Stolze, daß der Spößling seinem Namensvetter gleichen möge. Und man gibt auch einem Ding, einem Warenauszeugnis u. ä. einem charakteristischen Namen, um dadurch seinen Wert und seine Güte anzudeuten.

Das ist eine alte Geistesart, aber man kann immerhin aus den Namen und Preisen der angebotenen Waren gewisse Schlüsse ziehen. Da preist z. B. neuerdings ein Berliner Zigarettenfabrikant Reichsbanner-Zigaretten an, in vier verschiedenen Qualitäten und Preisklassen.

Da gibt es zunächst eine Zigarette „Schwarz-Rot-Gold“. Sie sieht am niedrigsten im Wert und kostet nur fünf Pfennige. Anschließend traut der brave Republikaner dieser neuen Reichsfarbe, die ja alles andere denn Gemeinut das deutsche Volkes sind, nicht recht. Bester steht nach seiner Meinung schon die Republik, denn die nach ihr benannte Zigarette kostet schon einen Dreier. Kann hier überlesen nicht das Gefühl zum Schutze der Republik angewendet werden?

„Frei Heil“, der Schlußsatz der republikanischen „Wie wieder Krieg-Frontkämpfer“, kostet schon fünf Pfennige. „Frei Heil“ klingt nach Front Heil und das hat einen guten Klang und Wiederhall! Das weiß ein republikanischer Zigarettenfabrikant am besten! Ganz unerschwinglich, ja unerschwinglicher aber bleibt für die große Masse des deutschen Zigarettenrauchenden Volkes der — Reichspräsident; die nach ihm benannte Marke ist nämlich mit einem Gulden ausgezeichnet. Und das ist heute gewiß viel Geld und trägt keineswegs dazu bei, die fünf Reichspräsidenten populär zu machen!

Spezialfabrik ist eben König Reichard für ein Königlich ein Pferd bieten, der demokratische Zigarettenfabrikant verlangt für eine „Republik“ nur drei Pfennige!

Iber Namen sind ja nur Schall und Rauch... Oder auch nicht? Siehe oben!

## Nur noch 2 Prozent Umsatzsteuer

Amlich wird angekündigt: Durch die Verordnung des Reichspräsidenten über wirtschaftlich notwendige Steuerermäßigungen vom 14. September 1924 ist der Satz der allgemeinen Umsatzsteuer für die Umsätze vom 1. Oktober 1924 ab von zwei Prozent auf ein Prozent herabgesetzt worden. Darüber, ob ein Umsatz vor oder nach dem 1. Oktober (so, entscheidet nach den Durchführungsbestimmungen bei der Besteuerung nach den vereinnahmten Erträgen (Einkünfte) der Zeitraume der Vereinnahmung, bei der Besteuerung nach den Leistungen und Wertungen (Einkünfte) der Zeitraume der Vereinnahmung. Die Steuerpflichtigen, die zu monatlichen Umsatzsteuerbestimmungen verpflichtet sind, haben daher erst mal im Oktober 1924 für die Umsätze im Oktober, die Steuerpflichtigen, die zu vierteljährlichen Umsatzsteuerbestimmungen verpflichtet sind, erstmals im Januar 1925 für die Umsätze vom Oktober bis Dezember 1924 die Umsatzsteuer in Höhe von zwei vom Hundert zu entrichten. Dagegen haben jenseitig die Monate, als auch die Vierteljahresabläufe bei der Vorauszahlung im Oktober 1924, die sich auf die Umsätze vor dem 1. Oktober 1924 beziehen, noch zwei vom Hundert zu zahlen.

Um die mit der Ermäßigung der Steuer begünstigte Preisbildung auch bei Bindung an länger juristische Verbindlichkeiten zu ermöglichen, mußte ein zivilrechtlicher Anspruch des Abnehmers auf Preisnachlass geschaffen werden. Mit der Preisveränderung vor dem 25. September 1924, also zu einer Zeit getroffen, zu der die Kenntnis von der neuen Regelung noch nicht allgemein durchgedrungen war, so hat der Sicherungsvereinsrat dem Abnehmer einen Nachlass in Höhe von 0,5 vom Hundert des Entgelts zu gewähren.

Die Durchführungsbestimmungen sehen schließlich vor, daß dem Abnehmer in Fällen, in denen der Umsatz ins Ausland vor dem 1. Januar 1925 getätigt wird, noch zwei vom Hundert des Preises vergütet werden, sofern der Vergütungsanspruch selbst bis zum 31. Januar 1925 geltend gemacht ist.

## Nach dem Ball...

Schwarzericht. Am 5. August 1923 fand in Göttingen ein Ball statt, welcher am 12. Uhr beendet wurde. Auf dem Heimwege kam es zwischen dem Klavierspieler Hoff und dem Arbeiter Bruno Wolf wegen zweier Mädchen zu einer Auseinandersetzung, wobei Hoff dem Wolf einen Schlag ins Gesicht versetzte, daß dessen Kiefer in Stücke ging. Hierauf nahm eine Anzahl junger Leute, unter ihnen der 19jährige Arbeiter Albert Spangenberg, Partei für Hoff, und es kam zu einer Schlägerei, in deren Verlauf der Klavierspieler Hoff vier Messerstücke erhielt, an deren Folgen er am 4. September 1923 verstarb.

Unter der Anklage der schweren Körperverletzung mit Todesfolge klagten gegen Spangenberg und Schwarz vor dem hiesigen Schwurgericht, an das die Anklage vom Amtsgericht

# Das Reich, die Länder und die Städte

Zwischen zwei Städtetagungen.

In keinem Abstände folgen einander in diesem Monat die Jahresversammlungen der beiden großen Städteorganisationen, des deutschen Städtebundes, der hauptsächlich Großstädte vereinigt, und des Reichsstädtebundes, dem kleineren und mittleren Städte angehören. Der Städtebund wird am 25. und 26. des Monats in Hannover zusammentreten, der Reichsstädtebund hat seine Tagung schon in Bad Harzburg abgehalten.

## Wiederherstellung der Selbstverwaltung in den Gemeinden

Die Frage im Vordergrund, in welcher Weise ein größerer Einfluß des Reiches auf die Verfassung der deutschen Städte annehmbar und mündigensünder ist. In Sachen der Selbstverwaltung bedarf es feiner langen Auseinandersetzung mehr. Die Überzeugung, daß es im nationalen Interesse notwendig ist, gerade die kleinsten und lebendigsten Zellen unseres staatsrechtlichen Lebens, nämlich die Gemeinden im Sinne des Reichert vom Stein auf dem Wege der Selbstverwaltung mit neuer Lebenskraft und starker Entschlossenheit zu erfüllen, ist heute als Allgemeinut oder auf kommunalem Gebiet tätigen Kreise anzusehen. Nicht ohne schwere Schädigungen haben die deutschen Gemeinden sich mit der Übergrößerungsmaßnahmen der letzten Jahre abgefunden und manches Opfer in der Einsicht gebracht, daß es zunächst erforderlich sei, den Notstand des neuen Reiches zu zimmern. Aber deshalb haben sie nie darauf verzichtet, ihre unerbittlichen Ansprüche auf das kommunale Selbstbestimmungs- und Selbstverwaltungsrecht zu setzen, und jetzt, wo die Verhältnisse sich langsam zu festigen beginnen, können die deutschen Städte gar nicht anders, als sich gegen überflüssige und überlebensbureaucratische Fesseln zu wehren und den gemeinsamen Ruf zu erheben: Zurück zur Selbstverwaltung!

## Wiederherstellung der gemeinsamen Finanz- und Steuerhoheit.

Jetzt ist es umhergehender Wunsch, die in der Verfassung des Reiches festgelegten Aufgaben der Städte, die in der Verfassung des Reiches festgelegt sind, den Städten zu übertragen. Die Städte sind in der Verfassung des Reiches festgelegt, die in der Verfassung des Reiches festgelegt sind, die in der Verfassung des Reiches festgelegt sind.

Von den Landesregierungen und Landesparlamenten fordern die Städte außerdem verständnisvolle Berücksichtigung der gemeinsamen Aufgabe bei Genehmigung von Steuerbeschlüssen, Bereitstellung von Mitteln für neue Aufgaben und Freiheit von staatslichen Verwaltungsgebühren bei Amtshandlungen, deren Arbeit und Kosten von den Gemeinden allein getragen werden. Die Staatsaufsicht soll sich möglichst auf Eingriffe wegen Gefährdung oder zur Aufrechterhaltung einer ordnungsmäßigen Verwaltung mit endgültiger Entscheidung im Verwaltungsministerium beschränken. Bei freisprechenden Städten wird die Mitwirkung der Landräte bei Ausübung des Aufsichtsdienstes abgelehnt. Die Polizeiaufsicht ist mit der allgemeinen Staatsaufsicht in der Hand des Regierungspräsidenten

denen zu vereinen. Städten mit mehr als 25 000 Einwohnern soll es freistehen, aus ihrem Landkreise auszuweichen, Städten von 15 000 bis 25 000 Einwohnern dann, wenn die ausweichende Städte ihre öffentlichen Bedürfnisse befriedigen zu erfüllen vermögen und auch der Kreis dazu fähig bleibt oder durch Zusammenlegung mit einem Nachbarkreise leistungsfähig erhalten werden kann.

## Eine andere Tagesfrage der Kommunalpolitik ist die wirtschaftliche Verfassung.

Wenn auch ohne weiteres zugegeben ist, daß es auf kommunalem Gebiet gewisse einheitliche Grundzüge und Grundregeln gibt, man könnte sagen: soweit die deutsche Frage hängt, wenn man nicht bestreitet, daß die deutschen Städte in Nord und Süd, in Ost und West in ihrer Verfassung eine besondere deutsche Einheit aufweisen haben, die bei einem wirtschaftlich den städtischen Verfassungen der fremden Nationen sofort zu Tage tritt, so läßt sich doch nicht bestreiten, daß die Städte in starker Fühlung mit ihren Ländern stehen. Wir haben dann auch ungenügend lokale verschiedene Gemeindeverordnungen, als es Länder im deutschen Reich gibt, ja wir haben sogar noch viel mehr. Denn der größte Staat, Preußen, zeigt eine ganze Musterkarte von Städteverordnungen, die bis zum heutigen Tage nicht mehr abzuheben, je nachdem die einzelnen Landesteile früher oder später zu Preußen gekommen sind. Und sie sind von einander doch nicht bloß durch Rechtsweglichkeiten unterschieden, sondern auch in grundsätzlichen Fragen, wie dem Wirtschaftsleben, das im alten Preußen, und dem Bürgermeistertum, das im Rheinland gilt. Doch diese Verschiedenheiten sind einmal in Preußen ausgeglichen worden können, ergibt sich aus dem Entwurf einer neuen Städteordnung, der beide Systeme neben einander bestehen lassen wollte. Und mit Wirtschafts- und Bürgermeistertum ist es noch nicht abgetan, da Preußen in seinem Städteleben wieder eine andere kommunale Verwaltungsgrundlage hat und nicht bloß diese Verschiedenheiten der einzelnen Länder stehen einer Vereinheitlichung entgegen, sondern ebenso die engen Beziehungen, die naturgemäß zwischen den Städten und den Einzelstaaten, denen sie angehören, immer vorhanden waren und heute noch vorhanden sind. Diese engen Beziehungen zwischen Stadt und Staat hindern allerdings nicht, daß die deutschen Städte heute bereits in einer ganzen Reihe ihrer wichtigsten Lebensbedingungen auf dem Wege der Vereinheitlichung sind. Das gilt nicht bloß auf dem Gebiet des Steuerwesens und des Wahlrechts, sondern auf den wichtigsten Gebieten der sozialen Fürsorge, der Wohlfahrt, der Jugendpflege, des Schulwesens, des Wohnungswesens, des Baurechts und zahlreicher anderer kommunaler Aufgaben.

Man kann es deshalb verstehen, daß der deutsche Städtebund den Versuch machen will, wenigstens einen äußeren Rahmen für die Verfassung der deutschen Städte aufzustellen, der durch ein Reichsgesetz festgelegt werden soll. Das ist jenes Reichsgesetz allerdings nicht den mehr oder weniger berechtigten Eigenarten der kommunalen Verfassungen der einzelnen Länder entgegenzusetzen, sondern auf dem Wege der Vereinheitlichung nicht bloß entgegen, sondern sie geradezu fördern, nicht es gewiß nicht. In jedem Falle werden die Bestimmungen des Städtebundes in dem Maße, in dem diese Vereinheitlichung zu einem lebhaften Gebirgsausbau führen und hoffentlich in der Richtung einer Stärkung des Reichsgemeinschaften wirken.

Verletzung vertrieben worden war. Der Angeklagte Spangenberg gab zu, sich an der Schlägerei beteiligt zu haben, er sei durch das Verhalten Hoff's auch äußerlich gereizt worden und sei tief beleidigt, als er schuldlos nachgelassen, wobei er das Messer hervorgezogen und dann blindlings auf Hoff losgetrieben habe. Wie oft er ausgelassen habe, wisse er nicht, doch sei es möglich, daß er dem Hoff die vier Stücke beigebracht habe.

Der Angeklagte Schwarz bestritt, getötet zu haben. Er sei empört über das Verhalten des Hoff gegen Wolf gewesen und habe Hoff deshalb zur Rede stellen wollen, doch habe dieser ihm dabei einen Schlag mit dem Faustschlüssel versetzt. Hierauf habe er ihm den Schloß heruntergerufen. Schließlich habe Hoff aufgeföhren und lief davon. Er seien ihm nachgelassen und Spangenberg sei erst er bei dem Verfolgten gewesen. Als er (Schwarz) hinzugekommen sei, habe Hoff ihm gesagt: „Laß mich, ich bin getötet“, und habe er diesen darauf in Ruhe gelassen. Durch den Schwerverletzten wurde festgestellt, daß Hoff vier Stücke, und zwar zwei in das linke Schenkelbein und zwei in die Brust erhalten hatte. Dem Landjäger, welcher den Verwundeten dem Arzte zuführte, hatte der Verwundete einen blonden Rodenlopf als Täter bezeichnet, worauf Schwarz verhaftet wurde.

Auf Grund der Vernehmungsaufnahme kam das Gericht zu der Überzeugung, daß der Angeklagte Spangenberg der schweren Körperverletzung mit Todeserfolg und der Beklage Schwarz des Raufhandels schuldig sei und erkannte bei Spangenberg auf eine Gefängnisstrafe von 4 Jahren und bei Schwarz auf 9 Monate Gefängnis. Die Beklage Schwarz wurde eine Bewährungsstrafe von 4 Jahren in Aussicht gestellt, wenn die Ermittlungen günstig lauten.

Zusammenfassend. Gestern vormittag wurde an der Ecke Drehbaupt-Dr. Amstutzstraße eine 39jährige Radfahrerin, die Gr. Amstutzstraße besuch und zu kurz in die Drehbauptstraße einbog, angefahren und zu Fall gebracht. Die Radfahrerin trug Verletzungen am Kopf und an den Armen davon, außerdem wurde das Schenkelbein verletzt. Der Wagenführer wurde zur Anzeige gebracht.

Entscheidung. Das Kriegsgericht hat auf der Befehl, daß die Halleschen Mauerwerke ihren in den Ver-

unglücken gefallenen Kollegen gestiftet haben und das zu Anfang dieses Jahres von Hohenberg gestiftet wurde, wird jetzt endlich wieder ins Leben getreten.

Aus dem Fenster gestürzt. Gestern nachmittag stürzte in dem Grundstück Hindelfstraße 80 beim Fensterputzen eine Frau aus dem Fenster des 2. Stockwerkes in den Vorgarten. Die Verunglückte hat einen Schädelbruch erlitten. Sie wurde nach dem Krankenhaus transportiert.

Schwarze Pferde. Am 23. September nachm. stellten in der Liebenauer Straße zwei vor einem Möbelwagen gepackte Pferde und ritten nach dem Rummelsberg. Durch Überfahren eines Pferdes, das sich hierauf am linken Vorderbein erheblich verletzte, kam das Führer zum Stoen. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Ein Verleibter. In der Nacht zum Mittwoch gegen 12.30 Uhr kam es in einer Sandwirtschaf auf dem Götterweg zwischen einem Gost und dem Wirt zu Streitigkeiten, in deren Verlauf der Gost den Wirt mit einem Faustmesser zweimal in die linke Schulter traf. Der Verletzte mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

## Das Wetter am Donnerstag

Wetterbericht des „Halle'schen Zeitungs“. Gestern: Parteiliche, teilweise Gewitter. Das Tief, welches gestern morgen über Island lag, hat sich nur wenig östwärtsbewegt bis zur Ostküste von Schweden verlagert, mit belinden und daher noch auf seiner Vorderseite. Unter der Einwirkung feiner südlichen Ausläufer sind im Deutschesland nachts verwehte Regengüsse eingetreten, die in den südwestlichen Landesteilen auch heute früh noch fortbauern. Da sich das Tief noch weit nach Westen hin erstreckt, so werden mit morgen noch unter Einfluß feiner Luft verbleiben und müssen daher mit dem Aufsteigen weiterer Regengüsse rechnen.

Vorausichtige Witterung am 25. September: Zunächst wolkig, mäßig warm, zeitweise Regen.

Nachricht der Halle'schen Witterung. In dieser Woche haben Nacht- und Sonntagmorgen: Strenge Witterung, Nacht: 3; Mittags: 10; Große Steintage 22; Nebensonnens-Witterung, Witterungstage 20.

**Damen-Strümpfe, Herren-Socken, Kinder-Strümpfe und -Söckchen**

**Normal-Unterkleidung**

Herren-Hemden mit und ohne Einsatz, -Beinkleider, -Jacken, Damen- und Kinder-Trikot-Wäsche, Reform-Beinkleider

**Strickwolle** Strumpfwolle, schwarz und farbig, Sportwolle in allen Farben

**Nur gute Fabrikate. Sehr billige Preise.**

**A. G. Halle**

### Fürsorge oder Armenpflege?

Beraterungen des Zentralverbandes der Qualifizierten und Witwen Deutschlands.

In den Verhandlungen des in Dresden tagenden Zentralverbandes der Qualifizierten und Witwen Deutschlands berichtete die Vorsitzende, Frau Dr. ... über die Tätigkeit der ...

Angenommen wurde eine ... in der ...

Zusammengefasst ...

Wichtigste ...

Einmalig ...

Der ...

Die ...

Der ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

## Halle'sches Kunstleben

„Der blaue Vogel“

Zum verheerenden Beispiel im Stadtheater.

Sein Name kommt vom Schmetterlingsmännchen her, mit dem ...

So hätte sich im Laufe von Jahrzehnten eine ...

Die ...

nicht kennt, wird sie jetzt kennen lernen; wer sie aber kennt, der wird sie heute nicht wiedererkennen! — Ganz blaul! ...

„Der blaue Vogel“ ...

### Wann gehe ich ins Stadtheater?

Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonntag
7-9	7-10	7-10	7-10	7-10	7-10	7-9
Die Fahrt	Die Fahrt	Die Fahrt				
Die Fahrt	Die Fahrt	Die Fahrt				
Die Fahrt	Die Fahrt	Die Fahrt				

Wasser kann, das dem Wissen fehlt, sich dabei verwanke...

Man hat den Streit um die Grenze mit einem Schläge ...

Man hat die Heindörfer der holzartigen Bauern übertrag ...

Man hat ein einem heißen Junglinge einen frauengebrennen ...

Man hat sich erwidert wieder aufgerappelt hatte, kam er sich ...

Staatstheater ...

General Maercker gegen „Klassenkampf“ ...

Staatstheater ...

Staatstheater ...

Staatstheater ...

Staatstheater ...







